

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872

25.2.1872 (No. 48)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 25. Februar.

Nr. 48.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile ober oder unten 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung vom 22. Februar gnädig geruht, den Oberamtmann Engelhorn von Mosbach nach Raftatt und den Oberamtmann Ostner von Borberg nach Mosbach als Amtsvorstand zu versetzen; ferner den Professor Dr. David Müller in Berlin zum ordentlichen Professor der Geschichte und Literatur an der Polytechnischen Schule und den außerordentlichen Professor der deutschen Sprache und Literatur Dr. Ernst Martin in Freiburg zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Hochschule zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramm.

† Berlin, 23. Febr. Abgeordnetenhause. Beratung des Gesetzes, betreffend die theilweise Aufhebung der Klassensteuer und Aufhebung der Schlacht- und Wahlsteuer. In der Spezialdebatte wird nach Ablehnung aller vermittelnden Amendements § 1 nach der Fassung der Kommission angenommen, mitbin die Schlachtsteuer auch als Kommunalsteuer für unzulässig erklärt. Hiermit sind die §§ 2 bis 6 der Regierungsvorlage abgelehnt. Hierauf wird § 2 in der Fassung der Kommission angenommen, mitbin der Antrag der Regierung auf gänzliche Aufhebung der Klassensteuer erster Stufe Lit. A verworfen, dagegen die Höhe der Klassensteuer erster Klasse um 33 1/3 Prozent herabgemindert. § 3 wird in der Fassung der Kommission angenommen. Der Finanzminister erklärt bei demselben, daß die Vorlage mit den getroffenen Aenderungen unannehmbar sei. Die übrigen Paragraphen werden genehmigt. Die Abstimmung über das ganze Gesetz findet morgen statt.

† Dresden, 23. Febr. Die Zweite Kammer genehmigte die Gesandtschaft für Wien transitorisch, die für München normalmäßig. Ferner nahm die Kammer den Antrag an, die Erwartung auszusprechen, daß die sächsische Regierung in dem Bundesrathe für die Ausdehnung der Kompetenz des Reichs auf die Zivilgesetzgebung und für Zahlung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten stimmen werde.

† München, 23. Febr. Abgeordnetenkammer. Die neue Geschäftsordnung der Kammer wird mit einigen reaktionellen Aenderungen und Modifikationen Böll's, wonach statt fünf Abtheilungen sieben gebildet werden, im Namensauftrage einstimmig angenommen. Derselbe tritt am 1. März in Kraft. Eine heftige persönliche Bemerkung Ausland's rufte hitzige Erwiderungen hervor. Die Sitzung wird unter großer Aufregung geschlossen.

† Bern, 23. Febr. Der Nationalrath gewährleistete heute, bei fortgesetzter Beratung über die Revision der Bundesverfassung, eine Jury für die ganze Eidgenossenschaft und hielt am Verbot des Jesuitenordens und dem Verbot, neue Klöster zu errichten oder aufgehobene wieder herzustellen, fest.

† London, 23. Febr. Im Unterhause brachte Kriegsminister Cardwell das Armeebudget ein. Derselbe entwickelte in ausführlicher Rede einen Plan zur Amalgamierung der verschiedenen Armeetheile. Armees, Militz und Freiwillige sollen in Militärtruppen, von denen jeder unter einem Oberkommandanten stehen würde, vertheilt werden.

Deutschland.

△ Wülhausen, 23. Febr. Die Eisener Industrie nimmt von Tage zu Tage einen erfreulichen Aufschwung. Tag und Nacht arbeiten die Fabriken, um alle die Bestellungen, die angenommen wurden, zu bewältigen. Diesem Umstande ist es auch wohl zuzuschreiben, daß massenhafte Aufträge deutscher Häuser bis später zurückgewiesen werden mußten, wenn auch konstatiert werden muß, daß Aufträgen französischer Seite, wahrscheinlich den alten Verbindungen zuliebe, noch immer der Vorrang gegeben wird.

○ Stuttgart, 23. Febr. Sitzung der Abgeordnetenkammer.

Der Posten der Gesandtschaften auf dem Etat des Departements der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßte heute eine fünfstündige Debatte. Die Regierung hat nämlich den Gesandtschaftsposten in Bern vom 1. Jan. 1872 an, den zu Karlsruhe gleichfalls vom 1. Jan. 1872 an und den zu Paris vom 1. Juli 1871 an (und der Sekretär der Gesandtschaft zu Paris lief noch bis zum 1. Dez. 1871 auf dem Gesandtschaftsstat) in Wegfall kommen lassen und befiel nur noch bei die

Posten in Berlin mit 15,900 fl. jährlich (14,000 fl. für den Gesandten und 1900 fl. für den Sekretär), den in München mit 10,000 fl. jährlich (der Sekretär fällt vom 1. Jan. 1872 an weg und läuft nur noch bis dahin mit 750 fl.), den in Wien mit 16,300 fl. (14,000 fl. für den Gesandten und 2300 fl. für den Sekretär), sowie 10,000 fl. jährlich für den Geschäftsträger in St. Petersburg errigt. Die beiden Posten in Berlin und St. Petersburg wurden von der Finanzkommission nicht beanstandet, der zu München nur mit 8 gegen 7 Stimmen zur Bewilligung beantragt und der zu Wien mit 8 gegen 7 Stimmen zum Abtritt beantragt. Für Bewilligung war also nur eine Minderheit von 7 Stimmen.

Bei der Debatte sprach zuerst Febr. v. Gillingen vom nationalen Standpunkt aus gegen die Bewilligung der beiden Posten zu München und Wien, geriet dabei mit dem Justizminister v. Mittnacht in Konflikt, weil er geäußert hatte, er sei nicht um Karriere zu machen hierhergekommen, sondern um das ungetrennte Wohl des Königs und des Vaterlandes im Auge zu haben und nach seiner Ueberzeugung die Wahrheit zu sagen, wie es ihm sein Ständebild vorschreibe. Der Dr. Minister (in dessen Departement derselbe als Justizassessor angestellt ist) fragt den Freiherren nun, ob ihm als Staatsdiener irgend Jemand Hoffnung zum Vorrücken gemacht habe, falls er das Gegenteil thue? Er, der Minister, jedenfalls nicht, und wenn es sonst Jemand gewesen sein sollte, so gebe ihn das nichts an. Febr. v. Gillingen kann das freilich nicht behaupten, sondern wollte nur im Allgemeinen von seiner Unabhängigkeit in seinen Aussprüchen Zeugnis ablegen. Bucher kam in dem Entwicklungsgang des deutschen Verfassungslebens die Mittel zur Vertretung bei anderen Regierungen nicht verweigern, so lange sie eine solche Vertretung noch für angemessen erachteten. Prälat v. Mehring sprach vom nationalen Standpunkt aus gegen die Beibehaltung der Gesandtschaften, um allen Anwohnern zu entfernen, als wollten wir eine Sondervertretung suchen und gegen die Einheit Deutschlands irgend etwas unternehmen. Minister v. Wächter legt den Standpunkt der Regierung dar; derselbe sei ein vollkommen verfassungstreuer gegenüber dem Reich; aber gerade auf Grund der Bestimmungen der Reichsverfassung und der Verträge Württembergs seien da, wo es die berechtigten Interessen von Württemberg und dessen Bevölkerung für rätlich erscheinen lassen, noch Sondervertretungen beizubehalten, nachdem man für das Aufgeben von andern selbst die Initiative ergreifen. v. Sieber stellt sich auf Verträge und Reichsverfassung, sowie darauf, daß Sachsen und Bayern noch weit mehr Vertretungen auswärts beizubehalten haben, um in Verbindung mit den Interessen der im Ausland befindlichen Württemberger diese Vertretungen noch beizubehalten. v. Soller ist vom ultrademokratischen Gesichtspunkte aus gegen die Gesandtschaften, habe man die Souveränität zu opfern den Wuth gehabt, solle man auch den Wuth haben, die Gesandtschaften zu opfern, die jetzt nur noch ein Luxus seien. Erath will dieses Reservatrecht nicht aufgeben sondern ausüben, wenn es auch Geld koste. Febr. und Soller wollen die Gesandtschaften aus nationalen Gesichtspunkten beseitigt haben und weil man sparen müsse, wo man könne. Febr. v. Barnbüler spricht zur allgemeinen Verwunderung gleichfalls gegen die Gesandtschaften, was er staatsrechtlich zu begründen sucht. Mohl spricht zwar sein tiefes Bedauern darüber aus, daß Febr. v. Barnbüler aus dem Ministerium geschieden sei, sagt aber ganz offen, daß, wenn er noch Minister wäre, er gerade die entgegengelegte Ansicht verteidigen würde. Mohl ist für Beibehaltung der Gesandtschaften, nicht um Politik zu machen, wozu die Reichsgesandten da seien, sondern zur Vertretung der Interessen der Angehörigen des Landes, wozu die Reichsgesandten keine Zeit haben und was von eigenen Gesandten besser besorgt werde. v. Schad für die Gesandtschaft in München, aber gegen die in Wien. Derselbe ist für beide.

Justizminister v. Mittnacht gibt mit einer glänzenden Rede den Ausschlag, indem er gerade im Interesse des Reichs und des Landes die Gesandtschaften da beizubehalten vertritt, wo es notwendig erscheine, wie Sachsen und Bayern noch weit mehr beizubehalten und selbst Mecklenburg und Braunschweig sich fortwährend in Wien vertreten lassen. Gegen die Annahme, als sei nicht Württemberg der erste deutsche Staat gewesen, der die Gesandtschaft in Paris aufgegeben habe, und daß es vielmehr seine Gesandtschaft in Paris habe aufrecht erhalten wollen, wie sächsischer Weise in Wältern gefunden, spricht sich der Dr. Minister entschieden aus.

Die Gesandtschaft in Wien wurde schließlich mit 44 gegen 43 Stimmen verworfen, die in München mit 54 gegen 33 Stimmen.

H München, 23. Febr. Die Gebirgsbahn von Bergzabern über Dahn nach Kaltenbach zum Anschluß an die Landau-Weibrücker Bahn soll aus strategischen Gründen bereits im nächsten Jahre in Angriff genommen werden. Die Verbindungsbahn Bergzabern-Kaltenbach wird etwa 6 Stunden lang werden und einen Kostenaufwand von 2,400,000 fl. verursachen. Eine Generalversammlung der Pfälzer Bahnen wird über den Bau sowie über die Gewährung der nöthigen Mittel Beratung zu pflegen haben.

Aus Thüringen, 21. Febr. (Fr. Z.) Der weimarsche Landtag wird in dieser Woche seine Geschäfte beendigen. Gestern ist das Gesetz über die elterliche Gewalt und das Vormundschaftswesen angenommen worden. — In Gotha ist die Revision des Volksschul-Gesetzes durch die verschiedenen Stadien so weit beendet, daß die Vorlage an den Landtag demnächst erfolgen wird. Das neu revidierte Gesetz befreit die Küsterdienste des Lehrers bis auf die Affisten bei Tausen und nimmt höhere Besoldungsätze und eine besondere Vergütung der Kantor- und Organistenstellen in Aussicht.

* Berlin, 22. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet dem aus der Verwaltung von Deutsch-Lothringen geschiedenen Präfecten v. Gutschmidt Worte wärmster Anerkennung und fährt dann fort:

Die Präfecten v. Gutschmidt, so haben dessen sächsische Landesleute, die im neuen Reichslande thätig sind, sich die allgemeine Anerkennung ihrer Thätigkeit erworben. Was aber von den Sachsen gilt, das gilt von den deutschen Beamten überhaupt, gleichviel, ob sie der Süden oder der Norden des Vaterlandes in das neue Reichsland entsandt hat. Der Maßstab, den man in Preußen an Leistungsfähigkeit und Eifer der Staatsdiener zu legen pflegt, ist bekanntlich kein geringer. Um so erfreulicher und auch lehrreicher ist die Hochachtung, welche die aus Preußen gehörigen Beamten des Elsses für ihre Kollegen aus andern deutschen Staaten, auch aus Süddeutschland an den Tag legen. Es herrscht in Elsas-Lothringen ein rühmlicher Wettstreit von Bayern, Sachsen, Preußen u. in Erfüllung der keineswegs leichten amtlichen Pflichten. Die Eigenbümlichkeiten und Vorzüge des Charakters der verschiedenen deutschen Stämme und der üblichen Einrichtung der verschiedenen Staaten kommen dabei recht zur Geltung, und die gegenseitige Anerkennung der Glieder des Reichs, wie sie im Elsas die Beamten aus Süd und Nord einander entgegenbringen, ist ein gefunder Faktor in der nationalen Entwicklung, insbesondere aber für das Gedeihen der staatlichen Wirksamkeit im neuen Reichslande.

Berlin, 22. Febr. (Köln. Z.) Die an das Ministerium Servais in Luxemburg gerichtete Depesche hält, wie vorläufig verlautet, den Standpunkt der deutschen Reichsregierung zu der Eisenbahn-Frage fest. Es bestätigt sich durchaus, daß Belgien in der Depesche nicht erwähnt wird. Dazu war auch gar keine Veranlassung vorhanden. Die Stellung der beiden Länder in diesem Punkte ist bekanntlich eine ganz verschiedene. Deutschland hat seit dem Frankfurter Frieden und der Uebertragung des Pachtverhältnisses der Eisenbahnen von Frankreich auf Deutschland Rechte in Luxemburg erworben, welche es nicht aufgeben wird. Ein ähnliches Recht in Belgien hat hier Niemand beansprucht.

○ Berlin, 23. Febr. Die a. h. Ordres, wodurch die Grafen v. Roon und v. Moltke zu Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden sind, datiren vom 28. Januar, dem Jahrestage der Kapitulation von Paris. Wie verlautet, hat der Kaiser und König in den betreffenden Dokumenten durch einen eigenhändigen Vermerk auf diesen Umstand hingewiesen. Ueber die etwaige Ernennung noch anderer neuer Mitglieder des Herrenhauses ist noch keine Entscheidung erfolgt.

Die Verhandlungen der Kommission, welche vom Abgeordnetenhause zur Vorberatung des Entwurfs einer neuen Kreisordnung eingesetzt ist, werden hier mehrseitig als sehr günstige Vorzeichen für das Zustandekommen dieses Reformwerkes betrachtet. Man erblickt in dem Ergebnis derselben wesentliche Anhaltspunkte für eine Verständigung zwischen den verschiedenen Parteidirectionen, welche überhaupt zu einer gemäßigten Reform und zu einem Ausgleich auf diesem Gebiete Neigung hegen. Anfangs schien es in der Kommission, als würde bei dem weiten Auseinandergehen der Meinungen gar keine Einigung erfolgen. Mit dem Fortgang der Beratungen zeigte sich aber eine wachsende Annäherung. Da nun die Kommission sich sehr eingehend mit der Regierungsvorlage beschäftigt hat, so verneint man in hiesigen politischen Kreisen, das Plenum des Abgeordnetenhauses werde nur noch die Hauptpunkte des Entwurfs in Erörterung ziehen. Bei aller Beschränkung der Debatten steht indessen nicht zu hoffen, daß der sehr umfassende Gesetzgebungs-Gegenstand noch vor dem Ofterfeste zur vollen Erledigung kommen werde. Deshalb ist bereits eine Vertagung des Landtags in Aussicht genommen. Bekanntlich wird gleich nach Ostern der deutsche Reichstag wieder zusammentreten. Nach der Beendigung seiner Verhandlungen soll dann die Fortsetzung der preussischen Landtags-Session stattfinden.

Wosen, 20. Febr. Die „Wosen. Ztg.“ brachte dieser Tage die Notiz, der Domherr Rozmian, welcher als hervorragendes Mitglied des Jesuitenordens auf die Entschliessungen des Erzbischofs, Grafen Ledochowski, einen bestimmenden Einfluß geübt haben soll, sei von dem Erzbischof seiner Funktion als geistlicher Rath entbunden worden. Dabei deutete sie auf umlaufende Gerüchte, in Bezug auf welche ihr indess der Erzbischof, Graf Ledochowski, die Berichtigung zugehen läßt, daß der Prälat Rozmian von mir weder den Auftrag gehabt hat, Peterspennige nach Rom abzuliefern, noch auch demselben überhaupt derartige Gelder anvertraut gewesen sind. Die „Wosen. Ztg.“ bemerkt hierzu: das Gerücht, wonach Hr. Rozmian seines Amtes als Rath des erzbischöflichen Konsistoriums entbunden sei, werde also nicht bestritten. Schließlich schreibt das Blatt: „Hr. Rozmian soll einen großen Einfluß in der erzbischöflichen Kurie besessen haben. Man sagt uns, er habe als hervorragendes Mitglied der Gesellschaft Jesu und „Pronotar“ gewisse Erlasse des Hrn. Erzbischofs auf ihre Orthodorie zu prüfen und mit seiner Unterschrift zu approbiren gehabt.“

Frankreich.

Paris, 22. Febr. (Fest. 3.) Bourbaki und der Präfect von Lyon verlangten die Auflösung des Lyoner Municipalraths. — Thiers verweigert General Wimpfen, Unterzeichner der Kapitulation von Sedan, die Pensionierung. Das Blatt „Constitution“ wurde suspendirt.

× Versailles, 22. Febr. Sitzung der Nationalversammlung vom 22. Febr.

Die Debatte über die Vorlage, betreffend die Ernennung der richterlichen Beamten, wird fortgesetzt. Dr. Vertault, einer der Führer des linken Centrums, erhebt sich in einem substantiellen, durch häufigen Beifall unterbrochenen Vortrage gegen den Kommissionsentwurf. Man beweise sich in einem offensibaren Widerspruch und fehlerhaften Zirkel, wenn man erst darüber klage, daß der Richterstand unter dem Kaiserreich seine Unabhängigkeit und Würde verloren habe, und wenn man dann diesen nämlichen Richtern das Präsentationsrecht für die Ernennung ihrer Kollegen übertrage. Das vorgeschlagene System führe nur zu einer neuen Form von Nepotismus, zu richterlichen Dynastien, zu einer bürgerlichen Aristokratie, die beinahe noch schlimmer sei, als die geistliche Erblichkeit der Aemter; es sei auch unverträglich mit dem parlamentarischen Prinzip, mit dem Prinzip der Ministerverantwortlichkeit, da der Justizminister doch schließlich nicht für Ernennungen verantwortlich gemacht werden könne, die ihm durch die Richterkollegien aufgedrängt worden sind, und da die Regierung auch nicht mehr für die öffentliche Sicherheit einstehen könne, wenn die Untersuchungsrichter nicht von ihr, sondern von den Appellhöfen eingesetzt werden. Die Zusammenlegung der Gerichtshöfe sei eine in allen Ländern anerkannte Prerogative der vollstreckenden Gewalt, an der man auch in Frankreich nicht rütteln solle.

Hier wird die Debatte durch den Minister des Innern, Srn. Victor Vissac, unterbrochen, welcher den schon mitgetheilten Gesetzentwurf als dringlich einbringt.

Das Haus geräth in stürmische Aufregung; durch die eifrige Konversation der Gruppen, welche über die eigentliche Tragweite der Vorlage nicht einig sind, wird die Sitzung fastlich unterbrochen. Marquis de Moronay beantragt die Vertagung der Debatte auf morgen; der Minister des Innern besteht auf einem sofortigen Beschluß über die Dringlichkeit. Sr. v. Larochefoucault-Bisaccia. Der Hr. Minister vergißt, daß wir unter einer provisorischen Regierung leben. Der Minister des Innern. Es scheint, daß ich mißverstanden worden bin. Die Vorlage hat den Zweck, ältere Gesetze mit den gegenwärtigen Benennungen der obersten Gewalten in Einklang zu bringen. Neulich ist man auch im Jahre 1818 für eine Reihe von Gesetzen vorgegangen; während das Kaiserreich freilich nicht Anstand nahm, zu seinem Schutze ohne weiteres ein Gesetz anzunehmen, welches ausdrücklich zum Schutze der Republik erlassen worden war. Das Nähere haben die Motive doch deutlich genug besagt und ich gehe (zur Rechten), daß mir Ihre Unterbrechungen ganz unstatthaft sind. Sr. Baragnon. Ich bin vollkommen bereit, die Dringlichkeit zu votiren, wenn es ausgemacht bleibt, daß das Gesetz an dem provisorischen Charakter, welchen wir der gegenwärtigen Regierung gegeben haben, nichts ändert. Die Minister Dufaure und Remusat. Das versteht sich von selbst. Die Dringlichkeit wird hierauf beinahe einstimmig angenommen. (Dagegen nur folgende 11 Mitglieder der äußersten Linken: Brelau, Peyrath, Challemeil-Lacour, Millaud, Rouvier, Ordinaire, Raquet, Renti, Langlois, Kolain und Buillermoz.) Die Sitzung wird unter lebhafter Unruhe aufgehoben.

Spanien.

Madrid, 23. Febr. Die Regierung veröffentlicht in der heutigen amtlichen Zeitung ein Rundschreiben an die Gouverneure der Provinzen, worin sie ihr politisches Programm ganz in Uebereinstimmung mit dem des vorigen Ministeriums aufstellt.

Belgien.

Brüssel, 22. Febr. Wie der „Juden Belge“ aus Antwerpen gemeldet wird, wurden gestern sämmtliche in Antwerpen anwesende Deputirte der Rechten der Nationalversammlung vom Grafen von Chambord empfangen, worauf sich dieselben zu einem gemeinschaftlichen Mahle begaben. Bei demselben wurde auf die Gesundheit des Königs und auf die Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes getoastet.

Brüssel, 23. Febr. (Fest. 3.) Baron Charette ist gestern in Antwerpen wieder angekommen. Lange Konferenz zwischen dem Grafen Chambord, Monti, Blacas, Chevignez und Jenem. Die große Reunion ist verschoben. — Gestern Abend sammelten sich Menschenmassen und stießen höhnische Rufe gegen Chambord aus. Von der Polizei wurde die Gendarmerie requirirt. Zwei Personen wurden verhaftet. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache an die Menge.

Dänemark.

Die vom Volksthing, wie bereits gemeldet, abgelehnte Einkommensteuer-Gesetzesvorlage wollte das vorhandene Defizit dadurch gedeckt wissen, daß vom Einkommen in den nächsten zwei Jahren eine außerordentliche Steuer von je 1 1/2 Proz., d. h. 3 1/2 Proz. in zwei Terminen erhoben würde. Der Finanzminister Jønger erklärte sich sogar bereit, mit 2 Proz. in vier Terminen zufrieden zu sein, aber das Volksthing meinte, das Defizit könne besser aus dem Reservefond gedeckt werden. Jønger wird nun seine Drohung, abzutreten, nicht wahr machen, sondern so lange im Amte bleiben, bis der König heimgekehrt ist.

Amerika.

Washington, 22. Febr. Der dem Repräsentantenhaus vorgelegte Ausgabe-Etat für die diplomatische Vertretung im Auslande beantragt die Erhebung der nordamerikanischen Gesandtschaft in Rußland zu einer Legation ersten Ranges.

Washington, 23. Febr. Es verlautet, daß das Kabinett beschlossen hat, die Antwort auf die englische Note um einige Tage zu verzögern. Der Inhalt der Antwort verharret, nach dem offiziellen „Republican“, auf dem bisherigen Standpunkt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. Febr. 28. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kirsner.

Am Ministertische: Staatsminister Dr. Jolly, Geh. Rath Cron, später Oberschulraths-Direktor Rent.

Der Präsident theilt mit, daß Abg. Neßler bringender dienstlicher Geschäfte wegen um einen Urlaub von 11 Tagen nachgesucht habe; dies Gesuch sowohl, als das später eingekommene des Abg. Neumann um einen Urlaub vom 26. bis 29. d. Mts. wurden ohne Beanstandung genehmigt.

Nach einer ferneren Mittheilung des Präsidenten wird eine gedruckte Vorstellung des Gemeinderaths der Stadt Mannheim, den Fortbestand des Handelsministeriums betr., an die Mitglieder des Hauses zur Vertheilung kommen, und wird eine Nachforderung zum Budget des Großh. Justizministeriums im Betrage von 30400 fl., betreffend die Aufbesetzung der Notariatsbezirke, zunächst der Budgetkommission zur Berathung und Berichterstattung überwiesen.

Das Sekretariat bringt den Einlauf neuer Petitionen zur Kenntniß des Hauses.

Die Abgg. Bärlein und Busch zeigen druckfertige Berichte an, der Erstere über den Gesetzentwurf, die Fortsetzung der Wiesenthal-Bahn betr., der Letztere über den Gesetzentwurf, die Rechtsverhältnisse der in Dienstweigen der Reichsverwaltung angestellten badischen Beamten bezüglich der Versorgung ihrer Hinterbliebenen betr., und bitten um Druckgenehmigung, die auch sofort erteilt wird.

Es folgt nun die Berathung des Budgets des Großh. Ministeriums des Innern, Tit. II, III, IV, XI, XII und XIV, betreffend die milden Fonds und Armenanstalten, die Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim, die Heil- und Pflegeanstalt Mlenau und die polizeiliche Verwahrungsanstalt.

Der Bericht der Budgetkommission ist erstattet von dem Abg. Eller; er beantragt bezüglich aller Positionen unveränderte Annahme.

Zu Tit. IX milde Fonds und Armenanstalten § 3 Lebrgelder-Fond spricht

Abg. Hansjakob den Wunsch aus, daß die jeweilige Klausel der Budgetkommission, daß mit Bewilligung dieser Summe die Anerkennung einer rechtlichen Verbindlichkeit nicht ausgesprochen sei, durch eine genaue Untersuchung, ob die Gemeinde die fraglichen Summen anzusprechen hätten, beseitigt werde.

Die übrigen Positionen dieses Titels gaben kein Grund zur Beanstandung und es wurde dem Kommissionsantrage gemäß für 1872 84,049 fl. und für 1873 87,049 fl. bewilligt.

Zu Tit. II und XII Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim spricht

Abg. Eschbacher über die durch die Ueberfüllung der Heil- und Pflegeanstalten Mlenau und Pforzheim hervorgerufenen Uebelstände und über die Nothwendigkeit, auf irgend eine Weise Abhilfe zu schaffen. Beide Anstalten seien nicht nur deshalb zu klein, weil es jetzt mehr Geistesranke gebe, sondern auch deshalb, weil man die Aufnahme in eine solche Anstalt jetzt weniger scheue als früher. Bei der jetzigen Ueberfüllung, die für die Patienten zudem von den nachtheiligsten Folgen sei, komme es vor, daß dieselben monatelang auf Aufnahme warten müßten, wodurch nicht nur eine große Unannehmlichkeit für die betreffenden Familien, sondern leicht eine Verschlimmerung der Krankheit herbeigeführt werde.

In Pforzheim sei der Uebelstand noch größer als in der Mlenau; die Anstalt liege dort in sehr ungesunder Lage, habe weder einen Garten noch Felder, in welchen sich die Kranken beschäftigen könnten, habe Mangel an Jellen, schlechtes Trinkwasser, keine gute Luft, kurz, Alles trage dazu bei, um eine Reihe von Krankheiten epidemisch und die Sterblichkeit zu einer enormen zu machen. Die Stadt Pforzheim sei überhaupt nicht geeignet, eine solche Anstalt zu befragen; das Leben sei dort sehr theuer, und es herrsche, verursacht durch die Fabrikbevölkerung, eine viel zu große Unruhe, als daß die Patienten ungestört und unbehelligt leben könnten. Besser empfehle es sich, Irrenanstalten in der Nähe von Universitätsstädten anzulegen, da nur in Verbindung mit solchen Anstalten ein psychiatrischer Unterricht erteilt werden könne. Es sei Pflicht des Staats, die Errichtung solcher Anstalten in die Hand zu nehmen; Privatanstalten seien nicht zu empfehlen und die Kreise seien zu klein, um einen solchen Kostenaufwand bestreiten zu können. Schon vor 8 Jahren habe die Regierung eine Vorlage zum Neubau einer Heil- und Pflegeanstalt eingebracht; die Kammer habe sich aber damals durch den großen Kostenaufwand zurückschrecken lassen. Er glaube aber, daß diese Rücksicht der Erfüllung eines so dringenden Bedürfnisses nicht im Wege stehen dürfe und stelle deshalb den Antrag, die Kammer wolle den Wunsch zu Protokoll erklären, die Großh. Regierung möge nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse über den Neubau einer Heil- und Pflegeanstalt dem nächsten Landtage eine Vorlage machen.

Staatsminister Dr. Jolly erklärt, daß auch die Regierung mit den an den beiden Heil- und Pflegeanstalten des Landes bestehenden Mifständen befaßt sei, und daß auch sie den Wunsch hege, daß sobald als möglich Abhilfe geschaffen werde. Ohne die Theilnahme des Hauses für diesen Gegenstand alteriren zu wollen, müsse er aber doch konstatiren, daß die Verhältnisse nicht so traurig seien, wie sie der Vorebener geschildert habe. Es sei richtig, daß beide Anstalten stärker in Anspruch genommen seien, als man es als wünschenswerth erachten könne, aber sie seien doch nicht in dem Maße überfüllt, daß nicht auch fernhin eine Aufnahme von Patienten stattfinden könne. Das Schlimmste, was man am meisten befürchten müsse, sei die Anlegung von Erspänterlisten. Aber dazu sei es glücklicherweise noch nicht gekommen; es sei bis jetzt in allen dringenden Fällen eine Aufnahme möglich geworden. Eine gründliche

Abhilfe könne nur geschaffen werden durch Herstellung einer oder zweier größerer Anstalten. Schon vor 8 Jahren habe die Regierung eine diesbezügliche Vorlage gemacht und eine Summe von 1,200,000 fl. hiezu in Anspruch genommen. Jetzt werde man wahrscheinlich 2 Millionen dazu nöthig haben. Die Regierung theile aber die Wünsche des Vorebners auf Aenderung des gegenwärtigen Zustandes und werde schon im Laufe dieses Sommers über einen Neubau Erhebungen machen, überhaupt diesen Gegenstand unausgesetzt im Auge behalten.

Abg. Lenz verteidigt den Zustand der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim gegen die Ausführungen des Abg. Eschbacher. Die Lage der Anstalt sei nicht so ungesund, wie sie dargestellt worden sei, denn sie liege an fließendem und nicht an stehendem Wasser, das Trinkwasser sei nicht schlecht und die Sterblichkeit bei einer solchen Anstalt nicht überaus hoch. Der hauptsächlichste Uebelstand sei die Ueberfüllung, und da könne eben nur durch Errichtung einer neuen Anstalt geholfen werden. Er empfehle als geeigneten Ort hiezu Pforzheim, das eine sehr gesunde Lage und geeignete Plätze hiefür besitze. (Fortsetzung folgt.)

Wir theilen vorläufig noch mit, daß bei Berathung der Petitionen der Volksschullehrer um Gehaltserhöhung beschlossen wurde, die Petitionen Großh. Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß eine beträchtliche Erhöhung des für Remunerationen vorgesehenen Budgetsages stattfinden solle. Die nächste Sitzung findet Montag den 26. d. M. statt.

Badische Chronik.

S.d.G. Karlsruhe, 21. Febr. (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Nach erfolgter Besetzung der 1. Hauptlehrerstelle an der 1. Stadtschule hiensthalb durch das Ableben des Hauptlehrers Rampmeier theilt Großh. Oberbürgermeister dem Gemeinderath das Verzeichniß und die Zeugnisse der Bewerber um diese Stelle mit, damit die Gemeindebehörde von ihrem Präsentationsrechte Gebrauch mache. Der Gemeinderath präsentirt an die erledigte Stelle den 2. Hauptlehrer Autenrieth an derselben Schule, und sodann als zweiten Hauptlehrer den charakteristischsten Hauptlehrer Beidert hiensthalb.

Auf Antrag der Baukommission wird beschlossen, das Großh. Bahnhofsamt Karlsruhe zu erlösen, baldmöglichst dafür zu sorgen, daß längs des Territoriums des Bahnhofs an der Gießlinger- und Rippurter Landstraße und Bahnhofstraße Traktirs von Großh. Bahndirektorat erstellt werden.

Die Direktion des Gartenbauvereins zeigt an, daß sie vom 8. bis 15. Sept. d. J. die zweite große Ausstellung in städtischen Theile des Erbprinzenparks dahier abhalten werde, und bittet um einen Zuschuß zu den Kosten derselben aus der Stadtkasse. Es wird beschlossen, für den Fall, daß sich für den Verein ein Defizit ergeben sollte und insoweit die städtische Beihilfe zur Deckung derselben erforderlich, die Summe von 1000 fl. in das Budget pro 1872 aufzunehmen und für einen oder mehrere Breiter der Stadt Karlsruhe dem Vereine 100 Thlr. zur Verfügung zu stellen, demselben während der Ausstellungzeit den Bedarf von Wasser aus der städtischen Wasserleitung unentgeltlich zu verabfolgen.

Auf Anregung des Vorigenben bezüglich der hiesigen Genußsteuer-Entlastungsklasse in Friedenszeiten, welche voraussichtlich jedoch auf einmal in nicht mehr als etwa 200 Mann beschränkt wird, beschließt das Kollegium, den Gemeinderath vorzuschlagen, sich wegen Uebernahme der dahier einzuquartierenden Mannschaften in Quartier und Verköstigung durch die hiesige Speiseanstalt mit dem Verwaltungsausschusse dieser Anstalt in's Benehmen zu setzen und geeigneten Falles einen Vertrag mit derselben abzuschließen.

Der Oberbürgermeister theilt mit, daß mit der Reparatur des Sallenwäldchens nunmehr begonnen werde, und zu hoffen sei, daß die Arbeit in 2 bis 3 Monaten vollendet sein werde. Auf seinen Antrag genehmigt der Gemeinderath nach früher schon gefaßten Beschlüsse einstimmig, daß nunmehr in Mitte des Sallenwäldchens eine große Fontaine mit der von Reich modellirten und von Dyrhoff und Widmann in Cement ausgeführten Figurengruppe erstellt und die Kosten aus dem im Budget für 1871 bewilligten, zur Errichtung öffentlicher Fontainen auf Kosten des Wasserleitungsfonds, Mitteln geschöpft werden sollen.

Nach längerer Besprechung wird der Oberbürgermeister mit dem Verlusse beauftragt, den dem Staate eigenthümlich zugehörenden Platz, worauf das Gießlinger Thor stand, in das Eigentum der Stadt, und sodann im Vereine mit Sachverständigen eine entsprechende Anlage dieses Platzes in Vorschlag zu bringen.

Aus der Mitte der gegenwärtigen 3 Vertreter der staatsbürgerlichen Einwohner dahier (Muth, Turban und Sachs) ging der Wunsch aus, zurückzutreten, um eine Neuwahl zu veranlassen. Nach längerer Berathung wird beschlossen, diesen Zurücktritt zu genehmigen, eine Neuwahl anzuordnen und dabei der bisherigen Uebung in hiesiger Gemeinde, wie in anderen größeren Städten des Landes, entgegen, auch die nichtbürgerlichen Gewerbetreibenden als wahlberechtigt anzuerkennen.

Auf Anordnung des 1. Bürgermeisters legt das Stadtbauamt eine Zusammenstellung vor über die im Jahre 1871 ausgeführten Neubauten. Hiernach wurden 103 Neu- und Umbauten ausgeführt, oder sind noch in der Ausführung begriffen. Alle werden auf 23. Juli d. J. bezugsbar, und zwar 207 Etagen mit 1787 bewohnbaren Räumen, die zur Aufnahme für etwa 2000 Menschen dienen werden. Vom 1. Jan. bis 1. Febr. d. J. sind 12 Neu- und Umbauten genehmigt worden, welche 35 Etagen mit 351 bewohnbaren Räumen darbieten werden.

7 Karlsruhe, 24. Febr. Die zweite der vom Vorhange des Männer-Hilfsvereins veranfaßelten Vorlesungen wird Hr. Professor Schiller am Mittwoch den 28. Februar im Museumsaale halten. Gegenstand dieses Vortrages wird sein: „Frauenleben der römischen Kaiserzeit im ersten Jahrhundert nach Christus.“

Seidelsberg, 22. Febr. (Heid. 3.) Unserer Hochschule droht neuerdings ein empfindlicher Verlust. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, hat Dr. Hofrath Dr. Zeller eine Berufung an die Stelle des kürzlich mit Tod abgezangenen Professors Wendelens nach Berlin erhalten, und schweben gegenwärtig noch die Verhandlungen über die Annahme der Bekolung.

Mannheim, 21. Febr. (Schw. M.) Der literarische Verein wählte in seiner gestrigen Sitzung seinen Vorstand für das neue Vereinsjahr, Prof. Deimling als Präsidenten, Prof. Arnold als Schriftführer, Anwalt Geismar als Kassenmeister. Nach längerer Debatte über die Zulässigkeit der Vorträge fremder Arbeit entschied sich der Verein, seinen Grundregeln unterwerfend, für die bedingte Zulässigkeit und wählte Prof. Schmitt-Planck Bruchstücke einer Abhandlung über die Stellung der Frauen in der Gesellschaft der römischen Kaiserzeit. — In der Leitung der höheren Töchterschule wird mit dem 1. Apr. ein Wechsel eintreten, da der seitliche Direktor Devrient krankheits halber seine Stellung aufgibt, um nach der Schweiz überzusiedeln. An seiner Stelle ist von dem Verwaltungsrath ein schon längere Zeit an der Anstalt wirkender akademisch gebildeter Lehrer, Hr. Waller, für die künftige Leitung in bestimmter Aussicht genommen.

Freiburg, 23. Febr. Wenn bisher bezüglich der Leistungen in Ertheilung des Turnunterrichts an unsern Volksschulen nicht genug geschah, so liegt dies weniger an dem Mangel an gutem Willen der Lehrer, als vielmehr daran, daß es zu sehr an Können fehlt, die diesen wichtigen Unterrichtsgegenstand zu ertheilen vermögen. Um diesem Bedürfnis einzutreten abzuhelfen, kommt jeden Samstag eine größere Anzahl Lehrer von hier und Umgebung zusammen, um sich theoretisch und praktisch in der Ertheilung des Turnunterrichts zu üben. Die Veranstaltung und Leitung dieses Unternehmens verdanken wir den Hrn. Reichert und Weber hier, welche den diesjährigen in Karlsruhe abgehaltenen Turnkongress mitgemacht und die dort gesammelten Erfahrungen ihren Kollegen auf diese Weise mittheilten.

Stodach, 22. Febr. Nach Beendigung des Riesenkampfes der beiden ersten Nationen unseres Erbtheils, aus welchem Deutschland so glänzend und mit so unberechenbaren Erfolgen hervorging, treten nach und nach die engern, einzelne Gemeinden, Städte und Gauen berührenden Fragen wieder in den Vordergrund. Zu diesen gehört für uns in erster Reihe die Ertheilung des Schlußgutes der Bodenseebahn. Seit vielen Jahren wirkten die vereinigten Komitees Markdorf, Salem und Stodach dahin, daß besagte Bahn von der württembergischen Landesregierung über Markdorf durch das Salemer Thal und in Stodach in der schon bestehenden Bahn einmündend erstellt werde. Können wir jenem Wirken auch heute noch unsere volle Billigung nicht versagen, so verhehlen wir dennoch nicht, daß wir die Vereinigung genannter drei Orte mit Ueberlingen zu gemeinschaftlichem Wirken für die Ertheilung der Zugstrichung über Markdorf-Ueberlingen nach Stodach mit Freuden begrüßen.

Gleichzeitig jedoch vernehmen wir, daß von Seiten mehrerer dabei interessirten Gemeinden Schritte getan werden für eine Einmündung der zu erbauenden Bodenseebahn unterhalb Stodach, etwa in Stellingen oder Wäldchen. Bietet der Bau der Linie Ueberlingen-Stodach auch nicht ganz dieselben günstigen Höhenverhältnisse, wie vielleicht der durch das Salemer Thal oder jener von Ueberlingen nach Stellingen, so sind dieselben, sowie die sich daraus ergebenden Steigungsverhältnisse nach dem übereinstimmenden Urtheile Sachverständiger durchaus nicht der Art, daß ein Missethater einer der beiden genannten Städte geboten wäre, Betrachter wir aber alle übrigen Verhältnisse, welche bei Bestimmung einer Zugstrichung im Allgemeinen, sowie bei den von uns besprochenen im Besonderen in's Gewicht fallen, so sprechen dieselben bestimmt und unabweislich für den Anschluß in Stodach. Denn die Vermittlung des Weltverkehrs, hier die Verbindung der an den Ufern des Bodensees ausmündenden württembergisch-bayerischen, bairischen und bismarckischen Bahnen mit der Oberrhein-Höllental-Königsstuhl- und Oberriedthal-Bahn, wird durch den Anschluß in Stodach gewiß mindestens eben so gut erfüllt als mit jedem andern. Ferner wird diese Zugstrichung den strategischen Anforderungen vollkommen entsprechen, und dieses um so mehr bei einer zu erstellenden Fortsetzung der Bahn von Stodach nach Engen.

Der Lokalverkehr jedoch wird durch den Anschluß in Stodach ganz entschieden am besten befördert. Die Früchte werden nach wie vor vermittelst der billigen Wasserstraße ihren Weg in die Ostschweiz nehmen. Dagegen die ganz bedeutenden Erträge des Weines und Obstbaues, welche beinahe ihre ausschließlichen Abzugskanäle in die hochgelegenen Thäler und die nächst daran grenzenden Theile Württemberg haben, finden einestheils über Friedrichshafen-Ravensburg, andererseits aber über Stodach-Mehring ihre kürzeste und billigste Beförderung. Daß der weitaus größte Theil der Bewohner der obern Landesgegend seine Interessen am besten durch die von uns vertretene Zugstrichung gefördert findet, geht schon ganz klar daraus hervor, daß sich mit Markdorf, Salem, Ueberlingen und Stodach auch die Amtsbezirke Pfunddorf, Mehling und Engen zu gemeinschaftlichem Handeln angeschlossen haben. Nehmen wir hierzu noch den sehr bedeutenden Verkehr Stodachs, den wir seiner Zeit durch Zahlen genauer bezeichnen werden, sowie dessen geographische Lage, welche der Bahn hier auf einem Strahlennetze von Straßen seine Güter zuführt wird, so darf wohl auch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Rentabilität durch keine andere Zugstrichung so gesichert erscheint.

Mit voller Beruhigung sehen wir deshalb der endgiltigen Bestimmung der Zugstrichung der Bodenseebahn entgegen, in der Hoffnung, daß die geographische Lage Stodachs, die uns in den Feldzügen der letzten Jahrhunderte mehr Leiden und Unglück als jeder andern Stadt Süddeutschlands brachte, endlich einmal durch Hebung von Handel und Industrie zur Quelle wachsenden Wohlstandes werde.

Konstanz, 23. Febr. (Konst. Ztg.) Heute Nacht starb dahier der Staatsminister a. D. v. Edelsheim an einem Furunkel. — In jüngster Zeit sind hier wieder einzelne Blatternfälle vorgekommen. Auch die Vorsteherin der Hofinger Mädchenschule ist an den Blattern erkrankt und wurde die Anstalt auf Antrag der Sanitätsbehörde vorläufig geschlossen. Den Internen wurde der Rath ertheilt, nach Hause zu reisen.

Konstanz, 23. Febr. Der von dem gemischten Orts-Schulrath dahier nach rechtlicher Erwägung beschlossene Ankauf des Bürgermeisters Stromeyer'schen Hauses um den Preis von 17,000 fl. zum Behuf von Lehrerwohnungen hat von Seiten des Oberschulraths — es heißt wegen eines Mißverständnisses — die Genehmigung nicht erhalten. Daraufhin hat Hr. Stromeyer das Haus um 17,500 fl. sofort anderweitig verkauft. Ein neuer Beweis, wie grundlos die Unterstellung gewisser Blätter war. Der Orts-Schulrath wird hoffentlich seine Bemühungen, den hiesigen 3 Lehrern, welche keine Dienstwohnung haben, durch Bau oder Kauf eine solche zu beschaffen, nicht einstellen, da die Wohnungsfrage neuerdings für sie, wie für andere Leute, auch keine angenehme genannt werden kann. — Was im Allgemeinen die Bau thätigkeit betrifft, so ist anzuerkennen, daß dieselbe nimmer bedeutend im Aufschwung ist und mit dem Bedürf-

nig Schritt zu halten im Begriff steht. Dagegen wird sich wohl beim Herantreten der Saison ein neuer Mangel sichtbar machen — die Gasthof-Noth. Bisher schon war in dieser Beziehung nicht über Lebensfluß zu klagen; nun ist das große Hotel Halm in den Besitz der Reichspost übergegangen, der Fremdenverkehr hat sich erhöht — offenbar muß sich über kurz oder lang der Unternehmungsgeist auch auf dieses Gebiet werfen. — An das Reichs-Postgebäude soll im Laufe dieses Jahres dem Vernehmen nach zu Gunsten des Publikums ein Anbau für die Zwecke der Expedition gemacht werden. Bislang muß man in der offenen Durchfahrt der Post unter Umständen queue stehen, um oft nach langer Geduldprobe erst zur Abgabe oder Empfangnahme seiner Sachen zu gelangen. Künftig soll man in einem eigens dazu eingerichteten Saale nicht nur Schutz gegen Wind und Witterung, sondern auch Gelegenheit finden, etwas an Ort und Stelle schreiben zu können. Gegen die baldige Erfüllung dieser Hoffnung hätte hier Niemand etwas einzuwenden.

Vermischte Nachrichten.

Mühlhausen, 22. Febr. (M. M. Z.) Die schon früher in Aussicht gestellte Ausgabe von Retourbillets auf den eisenbahnschienen Eisenbahnen ist nunmehr in Kraft getreten. Die Billets haben dreitägige Gültigkeit und berechtigen zur Benutzung eines jeden Zuges, außer Schnellzügen. Daß für diese Billets keine weitere Preisermäßigung eintrete, ist bei den enorm niedrigen neuen Fahrpreisen selbstverständlich und ist die Einführung der Retourbillets überhaupt nur zur Bequemlichkeit der Reisenden getroffen worden, welche nun anstatt zweimal nur einmal ein Billet zu lösen haben, was be- kanntlich namentlich bei großem Andrang nicht selten seine Unannehmlichkeiten hat.

Fürda, 21. Febr. Dem „F. Z.“ zufolge geht es mit der Sammlung für die projektierte katholische Universität in hiesiger Stadt immer mehr rückwärts. Im verfloßenen Jahre sind die Spenden in so geringem Maße gesessen, daß das Komitee selbst die Hoffnung aufgab, in den nächsten Jahren auch nur die Kosten für die ersten Vorarbeiten bestreiten zu können, wenn die Gaben sich nicht innerhalb kurzer Frist verdoppeln oder verdreifachen.

Nachricht.

Leipzig, 23. Febr. Das „Leipz. Tagbl.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Polizeiamts, wonach hier versucht wurde, Mitglieder für die Londoner internationale Arbeiterassoziation anzuwerben. Da der Verein bestritt sei, die sozialdemokratische Republik einzuführen und die Arbeiterpartei in den Besitz der Staatsgewalt zu bringen, so wird die Anwerbung für den Verein, die Leistung von Beiträgen an denselben, sowie die fernere Mitgliedschaft bei Strafe verboten.

Wien, 23. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte die Regierung einen Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Friedensstärke der Kavallerie, ein. Der Präsident theilte mit, daß die Abgeordneten aus Böhmen, Mähren, Steiermark und Krain, welche ihre Sitze im Hause nicht eingenommen hatten, ungeachtet der an sie ergangenen Aufforderung nicht erschienen seien. Diese Abgeordneten seien demnach als ausgetreten zu betrachten.

Paris, 23. Febr. Die Kommission zur Begutachtung der katholischen Petitionen hat nach keinem der vorgelegenen Berichte ihre Zustimmung gegeben. Es heißt, daß ein Bericht die Verweisung der Petitionen an das Ministerium des Auswärtigen beantragt, während die beiden andern den Uebergang zur Tagesordnung vorschlagen. Es ist übrigens gewiß, daß ein motivirter Uebergang zur Tagesordnung, der die Rechte des hl. Vaters wahr, von einigen Mitgliedern der Rechten eingebracht werden wird.

Paris, 23. Febr. Die „Gaz. de France“ veröffentlicht eine Erklärung der Verfasser des Programms der Rechten, worin dieselbe die Absicht, die monarchischen Parteien zu vereinigen, um im Falle eines künftigen Krieges bereit zu sein, eingestehen, aber die gegemwärtige Regierung zu unterstützen sich anheißig machen. Das Programm würde nicht veröffentlicht, um jedwede Agitation zu vermeiden. — „Temps“ sagt, die Regierung sei entschlossen, aus der Annahme des Gesetzentwurfes Lefranc's über die Maßregeln zum Schutze der Regierung und der Nationalversammlung eine Kabinettsfrage zu machen.

Brüssel, 23. Febr. Nach einer Meldung aus Antwerpen versammelten sich heute Abend zahlreiche Volksmassen vor dem Hotel des Grafen von Chambord, welche bald „Hoch Chambord“, bald „Nieder mit dem Verschwörer“ riefen. Die Herzoge von Tremouille und von Rohan sind angekommen. Bischof Dupanloup wird erwartet.

London, 23. Febr. Unterhaus. Enfield erklärt, in Beantwortung der Interpellation Goldsmith's, die Regierung habe den britischen Konsul anlässlich der jüngsten Judenverfolgungen beauftragt, bei der rumänischen Regierung möglichst zur Herstellung der Ordnung hinzuwirken.

Washington, 23. Febr. Heute findet ein außerordentlicher Ministerrath statt, um die Depesche Granville's zu erwägen. — Repräsentantenhaus. Bank erwartet keinen ersten Konflikt. Die beste Weise, den Frieden zu sichern und seine Rechte zu bekämpfen, sei, sich vorzubereiten, dieselben zu verteidigen.

New-York, 23. Febr. Der Vizepräsident der Union, Schuyler Colfax, erklärte in einer gestern in Brooklyn gehaltenen Rede, er bezweifle, daß England von dem Vertrage zurücktreten werde. Weder England noch Amerika würden es Angeichts der wildisirten Welt wagen, den Vertrag zu brechen. — Die Note Granville's ist gestern in Washington eingetroffen. — Der „Daily Telegraph“ sagt, die Antwort der Unionsregierung werde freundlich sein, jedoch an der Behauptung festhalten, daß das Vertragsprotokoll von Washington den Anspruch auf die indirekten Schäden einschließe und die Union denselben nicht fallen lasse.

Vorläufiges Wochenrepertoire des Großh. Hoftheaters. Sonntag: „Die Afrikanerin“. Montag: „Splitter und Balken“. Die Komödie der Irrungen. Dienstag: „Wallenstein's Tod“. Mittwoch: (in Baden) „Clavigo“. Donnerstag: „Aeolus“. Freitag: „Sanfte Frauen“. „Rathlose Erben“.

Für die Reichsleiden in Persien ist weiter bei uns eingegangen: Von Pariser J. Benz in Eichel 5 fl., von Theres Ot in Eichel 1 fl., von S. G. in Baden 20 fl., von Fried. Erhard in Leimen 10 fl., zusammen 61 fl. 30 kr.

Karlsruhe, 24. Febr. 1872.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Frankfurter Kurszettel vom 24. Februar.

Staatspapiere.	
Deutschland 3% Bundesoblig. 101 1/2	Oesterreich 4% R. Renten 55 1/2
5% Staatspapiere —	5% R. Renten 55 1/2
Preußen 4% Obligationen 103 1/2	Bayern 4% Obl. i. F. d. 28 fr. 90 1/2
Baden 5% Obligationen 103 1/2	Baden 4% Obl. i. F. d. 105 fr. 90 1/2
4 1/2% — 99 1/2	Russland 3% Obl. v. 1870 80 1/2
4% — 94 1/2	— 12 — 80 1/2
3 1/2% Obl. v. 1842 83 1/2	5% d. v. 1871 89 1/2
Bayern 5% Obligationen 100 1/2	Belgien 4 1/2% Obligationen 100 1/2
4 1/2% — 100 1/2	Schweden 4 1/2% d. i. F. d. 95 1/2
4% — 96 1/2	Schweiz 4 1/2% Fed. Obl. 100
Württemberg 5% Obligationen 103 1/2	4 1/2% Bern. Staatsobl. 99 1/2
4 1/2% — 99 1/2	R. Amerika 6% Bonds 1882
4% — 93 1/2	von 1862 95 1/2
Raffau 4 1/2% Obligationen 99 1/2	6% d. v. 1865r 96 1/2
4% — 93 1/2	von 1865 96 1/2
Sachsen 5% Obl. 104 1/2	5% d. v. 1904r 94 1/2
S. Gotha 5% — 102	(1870) v. 1864 31 1/2
Gr. Hessen 5% Obligationen 102 1/2	3% Spanische 88 1/2
4% — 97 1/2	Bolle fram. Rente 93 1/2
Oesterreich 5% Silberrente 63 1/2	— — — — —
5% R. Renten 63 1/2	— — — — —

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank 120 1/2	5% Hess. Ludwigsb. Pr. i. F. d. 103
Frankf. Bank a 500 fl. 3 1/2	44 1/2
Bankverein a 100 40 1/2	5% Hess. Ludwigsb. Pr. i. F. d. 1. 83 1/2
Ein. 131 1/2	5% d. v. 1. 82 1/2
Vereinstasse m. fl. 100 123 1/2	5% d. v. 1. 83 1/2
Darmstädter Bank 475 1/2	(Neumarkt) 83 1/2
Deft. Nationalbank 884 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 90 1/2
Oester. Credit-Aktien 363 1/2	5% Kronpr. Pr. v. 67/68 84
Saarbr. Bank-Aktien 115 1/2	5% Kronpr. Pr. v. 1869 83 1/2
4 1/2% Bayer. Obl. a 200 fl. 154 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 90 1/2
4 1/2% Pfälz. Marb. 500 fl. 150 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 75 1/2
4% Ludwigsb. Verb. 500 fl. 203 1/2	5% Ungar. Nordb. Pr. i. F. d. 78
4% Hess. Ludwigsb. 191 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 49 1/2
3 1/2% Oberhess. Eisenb. 350 fl. 88 1/2	5% — — — — — 86 1/2
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 412 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 59 1/2
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 214 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 38 1/2
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 227 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. —
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 257	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. —
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 270 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 97 1/2
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 184 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 88 1/2
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 276 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 76 1/2
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 219 1/2	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 81
5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. 193	5% Pr. i. F. d. Pr. i. F. d. —

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayer. 4% Prämien-Anl. 116 1/2	Deft. 4% 250 fl. Loose v. 1851 83 1/2
Badische 4% d. v. 114 1/2	5% 500 fl. v. 1860 90 1/2
3 1/2% Loose 71 1/2	100 fl. Loose von 1864 154 1/2
Braunsch. 20-Jähr. Loose 207 1/2	Schwedische 10-Jähr. Loose 129 1/2
Großh. Hessische 50-Jähr. Loose 181	Simmländer 10-Jähr. Loose 87 1/2
25 fl. 56	Meiningener fl. 7. 67 1/2
Ansbach-Gumbach. Loose 137 1/2	Oldenburger Thlr. 40-L. 39 1/2

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3 1/2 L. S. 99	Preuß. Friedrichsd'or fl. 9.57 1/2 — 53 1/2
Berlin 60 Thlr. 4 1/2	100 — — — — — 9.41 — 43
Bremen 50 Thlr. 3 1/2	Holländ. 10 fl. St. 9.53 — 55
Hamburg 100 Thlr. 3 1/2	Ducaten 5.32 — 34
London 10 Pf. St. 3 1/2	20-Francs-Stücke 9.21 — 22
Paris 200 Fcs. 6 1/2	Engl. Sovereigns 11.49 — 51
Wien 100 fl. 6 1/2	Russische Imperial. 9.41 — 43
Disconto L. S. 3 1/2	Dollars in Gold 2.26 — 27

Stimmung: Anfang unbest., Schluß fest.

Wiener Börse. 24. Febr. Kredit 349 1/2, Staatsbahn 397, Lombarden 207 1/2, Papierrente —, Napoleonsd'or 8.97 1/2, Anglobankaktien 360, Watt.

Paris, 23. Febr. Staatsbahn 888.75, Lombarden 467.50, Ita liener 65.80, neue Anleihe 89.95.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Barometer.	Thermo- meter.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Dimmel.	Witterung.
23. Febr. 27° 10.3"	- 0.4	0.92	SO.	klar	heiter
Morg. 7 Uhr 27° 9.6"	+ 5.2	0.67	—	—	bedekt trüb
Mitt. 2 27° 9.1"	+ 5.1	0.84	SW.	—	—

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Krotsch.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 25. Febr. 1. Quartal. 26. Abonnementsvorstellung. Die Afrikanerin, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer. Anfang 6 Uhr.

Montag 26. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. Splitter und Balken, Lustspiel in 4 Akten, von G. v. Moser. Die Komödie der Irrungen, Lustspiel in 3 Akten, nach Shakespeare, von Holtei. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag 27. Febr. 1. Quartal. 28. Abonnementsvorstellung. Wallenstein's Tod, Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 28. Febr. Clavigo, Trauerspiel in 5 Akten, von Goethe. Anfang 7 1/2 Uhr.

5.408. Haslach. Gestern am 23. Februar, Abends 5 Uhr, ist unser geliebter Bruder und Onkel, der hochwürdige Herr Stadtpfarrer Josef Kurz, im Alter von nahezu 73 Jahren, mit den heiligen Sterbsakramenten versehen, aus dieser Weltlicht in ein besseres Jenseits abgerufen worden.
Haslach, den 24. Februar 1872.
Der Neffe:
Maus, städtischer Bezirksförster.

5.391. Das Handelsregister von Berlin pro 1872.
Preis 1 Mkr. ist in gewohnter Weise im unterzeichneten Verlage erschienen. Franko-Versendungen von auswärts mit Einzahlung des Betrages werden franko expediert.
Fr. Lobeck's Verlag.
(Anders & Junge.)

(Eingebt.) Erwählene, welche Engl. od. Franz. durch Selbststud. erlernen od. sich darin vervoll. wollen, finden in d. briefl. Sprach- u. Erzieh.-Unterr. n. d. Meth. Doussaint-Bangenscheidt das anerkannt beste, in bereits 18 Aufl. bewährte (u. verhältnismäßig billige) Hilfsmittel. Bei d. zahlreich vorhandenen, 1. Th. von Druckern u. Schriftsetzern wimmeln den Nachbarn möchte es im Interesse jedes Selbststudierenden liegen, bei d. Wahl des Lehrganges, dem er sich anvertrauen will, sorgfältig zu sein u. d. Entscheidung Vergleiche anzustellen, event. den Betrag Sachverständiger einzuholen. Preis 1 als Probe nebst Prospekt in allen Buchhandlungen vorrätig.
5.393.

5.390. An ein Herz!
Ein junger Mann von feiner Bildung sucht in weiten Kreisen, was er in engerer nicht hat finden können: ein Herz reich und tief genug, um inneres ehe-liches Glück zu empfangen und zu spenden, und einen Verband unabhängig und erleuchtet genug, um diesen an sich in Wahrheit vorzuziehen ohne Scheu zu betreten; denn der erste Schritt soll nur in einer langen annehmen Korrespondenz bestehen, als vorzugsweise geeignet, den Grad der Seelenverwandtschaft zu bestimmen und das gegenseitige Vertrauen zu erschließen. Das Motto sei Glaube, Liebe, Hoffnung.
Man bittet die Briefe unter der Chiffre A. B. C. X. p. r. nach Florenz zu adressiren und, wenn eine rasche Antwort darauf erfolgen soll, alle äußeren und inneren Verhältnisse auf das Genauste anzugeben und nur im Unklaren zu lassen. (Hef. 849X)

5.392. 1. Stuttgart.
50 Seher (Nichtverbandsmitglieder) finden hier dauernde und angenehme Stellung. Verdrängung durch Verbandsmitglieder unmöglich, da schon über hundert und fünfzig Nichtverbandsmitglieder hier konfessioniren. Reisenschi- dung reichlich. Offerten an
Emil Müller's Buchdruckerei.
(St. 1178)

5.370. Dresden, 4 Reisende, 3 Comptoiristen, 7 Verkäufer und Lageristen, 2 Expedienten, 1 Aufseher, 3 Maschinisten, 1 Mühlenerkäufer, 2 Keller-ner, 1 Bode, 2 Geleitschaffnerinnen u. 4 Verkäuferinnen erhalten sofort und später gute Stellen durch das Bureau „Germania“ zu Dresden.

5.400. Stuttgart.
Offene Commisstellen.
Für eine Maschinenfabrik in Süddeutschland werden zwei tüchtige Commis gesucht und werden solche aus der Eisenbranche bevorzugt. Berücksichtigung finden nur solche, welche ihre Tüchtigkeit und Selbst- ständigkeit nachweisen können.
Schriftliche Offerte nimmt zur Beantwortung entgegen
G. Weiswenger, Kommissionsär.
5.383. Karlsruhe.

Stellege such.
Ein solides Frauenzimmer, welches sehr schön Weis- nissen, Bügeln und auch etwas Kleider machen kann, sucht auf Osnern außerhalb eine Stelle bei einer Herr- schaft. Näheres zu erfragen Durckertstraße Nr. 47.
5.401. 1. Durlach.
Rehelingsgesuch.

Für einen wohlhabenden jungen Mann wird bis Osnern eine Lehrstelle frei bei
Eduard Scholl, Hofbuchbinder.
5.372. 2. Ein junger Mann im Alter von 30 Jahren, welcher seit 4 Jahren eine größere Wirtschaft (Eigentum) betreibt, nun aber solche Familienver- hältnisse halber in Vacht gibt, wünscht unter be- stimmten Ansprüchen eine Stelle als Hausmeister in einem Herrschaftshaus, oder wenn möglich als Verwalter auf einem Gute.
Betreffender ist der französischen Sprache vollkom- men, der englischen nur noch ziemlich mächtig.
Beste Referenzen, auf Wunsch auch Photographie, haben zu Diensten. Der Eintritt kann sofort geschehen. Off. Offerten unter Chiffre U. A. 904 an die Expedition dieses Blattes.

5.351. 2. Freiburg.
Eine Kellnerstelle ist offen
für einen gewandten jungen Mann mit guten Zeug- nissen, unter vortheilhaften Bedingungen bei Emil Hahn zum Kopf in Freiburg.
5.264. 3. Ein mit der Manufakturwaaren-Branchen vollständig bewandter Commis, der gewandter Ver- käufer ist, wird gegen gutes Salair zu engagiren ge- sucht. Gefällige Offerten sub Chiffre U. H. 911 neh- men entgegen die Herren Haasenstein & Vogler in Stuttgart.

5.252. 2. Ein Bro- cessor in Karlsruhe wünscht ein oder zwei Knaben in Pension zu nehmen. Sorgfältige Beaufsichtigung und Pflege wird zuge- sichert. Auskunft ertheilt die Expedition dieses Bl.

5.252. 2. Ein Bro- cessor in Karlsruhe wünscht ein oder zwei Knaben in Pension zu nehmen. Sorgfältige Beaufsichtigung und Pflege wird zuge- sichert. Auskunft ertheilt die Expedition dieses Bl.

5.386. In der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Reductions-Tabelle der metrischen Maße und Gewichte
in das bisherige alte Maß und umgekehrt, nebst Preisverhältniszahlen und Münzvergleichen. Zugleich Anhang zum „Metrischen Maß- und Gewichtssystem“ von Fr. Walter. H. 8°. Preis: 9 kr.
Walter, Fr., Das metrische Maß- und Gewichtssystem und die neue badische Maß- und Gewichtsordnung in übersichtlicher Darstellung und unter sachgemäßer Vergleichung mit den bisherigen Einrichtungen. Ein Hand- und Hilfsbüchlein für Lehrer und Schüler und praktischer Beamter für Jedermann. H. 4°. (32 S. und 6 Tabellen.) Preis gebunden: 12 kr.
5.334. 2. Karlsruhe.

Vorläufige Anzeige.
Am 9. März d. J., Abends 7 Uhr,
im großen Saale des Museums:
Einziges Concert von Dr. Hans von Bülow.
Vormerkungen auf nummerirte Plätze werden schon jetzt in der Musikalienhandlung von Fr. Doert, Langestraße Nr. 193 entgegengenommen.
5.374. 1. Biberach.
Wiesenthalbahn-Gesellschaft.
Durch Beschluss vom 19. Februar wurde die auf 1. März 1872 fällige Dividende auf 6 fl. 4 kr. resp. 13 Frcs. per Aktie festgesetzt und kann dieselbe bezogen werden:
in Basel bei den Herren Bischoff zu St. Alban,
in Biberach bei den Herren Gotschalk & Greßer,
in Schopfheim bei den Herren Gotschalk & Greßer.
An ebenen Stellen werden auch die fälligen Coupons unserer Obligationen eingelöst.
Biberach, den 20. Februar 1872.
5.549. Direktion der Wiesenthalbahn.

5.992. 3. Karlsruhe.
Berein zur Erbauung billiger Wohnhäuser in der Residenzstadt Karlsruhe.
Die Herren Aktionäre werden aufgefordert, den Rest von 50% ihres Aktienbetrags, nämlich 87 fl. 30 kr. per Aktie bis längstens den 27. Februar d. J. an Herrn Bankier Velt L. Romberger einzuzahlen und dabei anzugeben, ob sie ihre Aktien auf Namen oder Inhaber ausgelegt zu haben wünschen.
Karlsruhe, den 29. Januar 1872.
Der Verwaltungsrath.

5.947. 6. Karlsruhe.
Gegenseitige Lebens-Invaliditäts- u. Unfall-Versicherungs-Gesellschaft Prometheus in Berlin.
Konzessionirt durch Allerhöchsten Erlaß vom 15. Mai 1871.
Die Gesellschaft schließt:
A. Lebens-, Aussteuer-, Altersverorgungs-, Renten-, Sterbefallen-Versicherungen in den bei den verschiedenen Tabellen angegebenen Arten.
B. Invaliditäts-Versicherungen. Es kann versichert werden Kapital oder Rente, entweder allein auf den Fall der Invalidität durch Alter, Krankheit oder Gebrechen, resp. auch durch Unfall, oder auf ein vorausbestimmtes Lebensjahr und zugleich auf den Fall früher eintretender Invalidität durch Alter, Krankheit, oder Gebrechen, resp. auch durch Unfall.
C. Unfall-Versicherungen. Es kann versichert werden allein auf den Eintritt des Todes durch Unfall, Kapital; allein auf den Eintritt der Invalidität durch Unfall, Kapital oder jährliche Rente; allein auf den Eintritt vorübergehender Erwerbsunfähigkeit durch Unfall — wöchentliche Rente; sowie kombiniert auf zwei, oder alle drei vorstehende Fälle.
Es werden in jeder dieser Arten sowohl Einzel- als Collectiv-Versicherungen geschlossen, letztere können auch nur auf die Arbeitszeit beschränkt; ferner in Durchschnitt pro Kopf unter erheblicher Prämien-ermäßigung, sowie überhaupt in jeder dem Bedürfnis entsprechend Weise vereinbart werden.
Die Versicherung umfasst die Unfälle am Wohnort, auswärts und auf Reisen, einschließlich derer auf Eisenbahnen, Flüssen und Binnengewässern, sowie gegen geringe Prämienverhöhung, derer zur See.
Statuten, Geschäftspläne und Tarife, Antragsformulare und nähere Auskunft bei allen Agenten und bei der General-Agentur und Ober-Inspektion zu Karlsruhe.

NB. Tüchtige Vertreter werden unter günstigen Bedingungen stets von uns angehebt, Gesuche sind an die General-Agentur und Ober-Inspektion Karlsruhe einzureichen.
5.280. 2.
Inman Linie.
Zwei Mal wöchentlicher Postdienst via Liverpool
von Antwerpen nach New-York
durch die berühmten Dampfer dieser Linie.
CITY OF CHESTER. CITY OF BROOKLYN. CITY OF LIMERICK.
CITY OF RICHMOND. CITY OF BRUSSELS. CITY OF LONDON.
CITY OF MONTREAL. CITY OF DUBLIN. CITY OF NEW-YORK.
CITY OF ANTWERP. CITY OF DURNHAM. CITY OF PARIS.
CITY OF BALTIMORE. CITY OF HALIFAX. CITY OF WASHINGTON.
CITY OF BRISTOL.
Diese Dampfschiffe führen sowohl die Post von England als auch der Vereinigten Staaten von Nord- Amerika und sind nicht nur allgemein bekannt wegen ihrer Größe, Stärke und bequemen Einrichtungen, sondern auch wegen ihrer schnellen Reisen zwischen Liverpool und New-York.
Passagiere können Billete haben nach allen Theilen Nord-Amerika's.
Fracht-Übernahme ab Antwerpen mit direkten Connexionen.
Billig gestellte Passagierpreise ab Antwerpen für Kajüten und Zwischendecks-Passagiere.
Um nähere Auskunft wende man sich an die Direktion
William Inman,
50 Quai du Rhin, Antwerpen,
oder an Herrn J. M. Bielefeld in Mannheim,
Conrad Gerold
Herren Waltber & von Neckow in Mannheim,
und Herrn J. M. Bielefeld in Freiburg i. Br.

5.353. 1. Waldshut.
Zu verkaufen.
In einem lebhaften Städtchen des bad. Oberlandes, unmittelbar des Bahnhofes gelegen, ist ein eleganter 2 1/2 stöckiger Neubau mit einem durchgehenden Keller, nebst Garten, Hofstraße und Brunnen unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Dieser Neubau ist 54' lang und 33' breit, würde sich deshalb zu jeder Fabrik-Einrichtung eignen, weil eine Wasserkraft verbunden werden kann.
Nähere Auskunft ertheilt
Fid. Bornhauser, Kommissionsär
Nr. 171 in Waldshut.
5.322. 2. Straßburg.
Ein junger Mann wird für ein Ge- garten-Geschäft en gros et en detail in Straßburg im Elsas sofort oder bis 1. April zu engagiren gesucht. Nur solche junge Leute, welche gute Zeugnisse haben, mögen sich melden unter Chiffre B. 1752 an die Annoncen-Expe- dition von Rudolf Mosse in Straßburg.

5.380. 1. Freiburg i. B.
Gasthaus-Verkauf.
In einer gegen 5000 Ein- wohner zählenden, lebhaften, in der schönsten und besten Gegend Badens (Eisenbahn- station) sich befindenden, wohlhabenden Ortschaft, mit dichtbesetzter Umgebung, ist ein Gasthaus mit De- konomiegebäuden, großem Garten und allen Bequem- lichkeiten, in bester Geschäftslage, mitten im Orte, beim Rathhaus und der Kirche, Familienverhältnissen we- gen billig zu verkaufen. Dasselbe hat den besten Ruf, würde sich aber seiner Räumlichkeiten und vorzüglichen gewölbten Keller wegen besonders auch zu einer Brauerei, zu einer Weinhandlung oder sonstigem indu- striellen Etablissement eignen. Nähere Auskunft über den sehr billigen Kaufpreis und die Bedingungen durch die Güteragentur von
Freiburg i. B. Münsterplatz Nr. 7.
F. Adrian.

5.385. Karlsruhe.
Die neue Katastrirung des landwirthschaftlichen Gelän- des betreffend.
Bei Bearbeitung der neuen Grundsteuerzettel einer größeren Anzahl von Gemartungen in den Amts- bezirken
Schweigen, Wiesloch, Eppingen, Raßau, Biberach, Waldshut, Neberlingen, Pfullendorf
können mehrere hierzu befähigte Personen in selbstständiger Weise gegen Bezug der regulirten Ge- bühren Verwendung finden.
Auftragende haben sich in Bälde bei unterfertigter Stelle zu melden.
Karlsruhe, den 21. Februar 1872.
Ministerial-Commission
für die neue Katastrirung des landwirthschaftlichen Geländes.
J. A. d. B.
Schwarzmann.

5.373. 1. Gemmingen und Riehen (Amis Eppingen).
Stammholz-Versteigerung.
Donnerstag den 29. d. Mts. werden gegen Baarzahlung öffentlich versteigert von Morgens 1/4 10 Uhr an in dem Gemeindeforum zu Riehen:
14 starke Eichenstämme, Holländer- und Sägholz, von Mittags 12 Uhr an in dem angrenzenden Freizeithaus von Gemmingen- schen Waldhofsstr. Ruchbach zu Gemmingen:
61 Eichenstämme, darunter mehrere Holländer und starke Sägflöße, sowie Schellen, Bau- und Handwerkerholz,
1 starke Rotbuche zu Ruchholz, sowie 1 starke Forle zu Sägholz,
1 Linde und 10 Wagnersplanken;
wozu in Einverständnis mit dem Gemeinderathe zu Riehen einlabet,
Gemmingen, den 22. Februar 1872,
das Freyherrl. von Gemmingen'sche Rentamt
W. R. th.

5.378. Offenburg.
Bauplatz-Versteigerung.
Donnerstag den 29. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr,
wird auf dem Geschäftsraum der unterzeichneten Verwaltung, von dem Aker- und Wiesfeld des Spitals an der Schulgasse Grundstück Nr. 765 und 766, die Fläche von 169,1 Ruthen = 15 Akr 21,9 Meter, wie solche in den neuen Stadtplan aufgenommen ist, und östlich und südlich von dem sog. Schulgäß- weg, westlich von der neu angelegten Straße und nördlich von der Schulgasse begrenzt wird, gegen terminweise Zahlung des Kaufschillings als Bauplatz zu Eigenthum öffentlich versteigert, wozu man ein- labet.
Offenburg, den 21. Februar 1872.
St. And. Hospitalverwaltung,
Th. R. nig.

5.352. 2. Straßburg.
Ein junger Mann wird für ein Ge- garten-Geschäft en gros et en detail in Straßburg im Elsas sofort oder bis 1. April zu engagiren gesucht. Nur solche junge Leute, welche gute Zeugnisse haben, mögen sich melden unter Chiffre B. 1752 an die Annoncen-Expe- dition von Rudolf Mosse in Straßburg.

Druck und Verlag der F. Braun'schen Hofbuchdruckerei.
(Mit einer Beilage.)